

V0285/25

Ausbau als Modellregion für autonomes Fahren, unbemanntes Fliegen und Künstliche Intelligenz

-Antrag der Stadtratsfraktionen CSU und FW vom 29.04.2025-

Antrag:

die CSU- und FREIE WÄHLER-Stadtratsfraktionen stellen folgenden Antrag:

1. Die Stadtverwaltung und die IFG Ingolstadt AöR setzen sich frühzeitig dafür ein, dass im Rahmen des Koalitionsvertrages (KV) der neuen Bundesregierung bereits vorhandene Reallabore (sog. „Modellregionen“) für die Mobilität der Zukunft (KIVI-Kreuzung, Erste Meile, A8 Autobahn-Testfeld, etc.) auf dem Ingolstädter Stadtgebiet gestärkt und entsprechend der Strategie im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) zu einem integrierten Gebiet im Osten der Stadt ausgebaut werden.
2. Neben dem autonomen Fahren im MIV soll dabei ein besonderer Fokus auf einem autonomen ÖPNV liegen.
3. Das brigk wird gebeten, frühzeitig neue Förderprogramme aufzugreifen, die insbesondere den Technologietransfer der Hochschulen in die Wirtschaft und die Stärkung des Startup-Wesens am Standort forcieren.
(Zeilen 2234-2238, 2264-2268 sowie 2581 ff. des KV)
4. Um das Ziel des Verteidigungscampus weiter zu stärken, aber auch um die Initiative Urban Air Mobility weiter auszubauen, soll geprüft werden, wie die Ankündigungen zur Stärkung der Luft- und Raumfahrt in Deutschland für Ingolstadt genutzt werden können.
(u.a. Zeilen 2547-2554)
5. Die Stadtverwaltung und die IFG setzen sich dafür ein, dass das neu zu schaffende Deutsche Zentrum für Mobilität (DZM) einen Schwerpunkt autonomes Fahren und – wenn möglich – KI-gestützte Luftmobilität bekommt. Hierbei wird angestrebt, dass die Stadt im DZM auch institutionell mit verankert wird (Verwaltungssitz, Beiratssitz etc.).
(Zielen 891 und 892)
6. Die Stadt Ingolstadt bereitet sich auf das kommende Bundesexperimentiergesetz vor, welches u.a. Kommunen in einen Ideenwettbewerb für Reallabore zur Stärkung der Innovationskraft einbezieht. Die Hochschulen sollen hierbei eingebunden werden.
(Zeile 1878 ff.)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	10.12.2025	Bekanntgabe
Stadtrat	18.12.2025	Bekanntgabe

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 10.12.2025

Der Antrag der Stadtratsfraktionen CSU und FW V0285/25 und der Antrag der Verwaltung V0827/25 werden gemeinsam behandelt.

Stadtrat Stachel merkt an, dass in der Beschlussvorlage darauf hingewiesen werde, was möglichst angestrebt werden solle. Er stelle aber fest, dass das meiste aber nicht über das Beantragen und Begleiten von Formulierungen hinaus gehe. Ihm fehle dazu die Aussage, was die Stadt konkret dafür tun könne, um sich in diesem Bereich besser zu positionieren. Seines Erachtens spiele hier die Politik eine große Rolle und insofern müsse eine deutlichere Formulierung zur Erreichung von gewissen Zielen, hinsichtlich der benötigten Unterstützung, erfolgen.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld teilt mit, dass die IFG oder das Wirtschaftsreferat nie die Instanz sein werde, diese Anträge, wenn sie gelingen, auch tatsächlich umzusetzen. Diese können nur die Rolle der Organisation für die Ingolstädter Akteure übernehmen, solche Anträge bewilligt zu bekommen. Dies sei in der Vergangenheit in vielen Fällen gelungen. Herr Prof. Dr. Rosenfeld teilt mit, dass die IFG an der Beantragung in Summe von 60 Mio. Euro für diesen Standort mitgewirkt habe. Die IFG konnte davon ungefähr 4 Mio. Euro für eigenen Aufwendungen gewinnen. Was im Antrag dargestellt sei, seien Vorhaben der Bundesregierung, die zum Teil noch nicht mit Mitteln unterlegt seien. Je nach Reifegrad dieser Andeutung werde sich bemüht sich vorbereitend aufzustellen. Hierzu verweist Herr Prof. Dr. Rosenfeld als Beispiel auf die Modellregion – Autonomes Fahren. Hier sei eine Absichtserklärung dem Ministerpräsidenten vorgelegt worden. Herr Prof. Dr. Rosenfeld teilt mit, dass hierfür aber keine Haushaltszeile im Bundesverkehrsministerium vorgesehen sei. Insofern gebe es derzeit die Bemühungen zur Abstimmung, gemeinsam mit der Landeshauptstadt München, eine gemeinsame Beantragungsstruktur zu finden. Parallel bedürfe eine solche bayerische Bewerbung eine politische Unterstützung. Man könne nur versuchen hier mit reinzukommen und die Dinge so weit voranzutreiben, dass man einen Antrag stelle, oder auch nicht, wenn die finanziellen Mittel nicht vorhanden seien.

Der Bericht wird den Ausschussmitgliedern bekannt gegeben.